

**Beschluss der 31. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 01.03.2008**

Gemeinsam Handeln gegen Rechtsextremismus

Die im Landesjugendring Niedersachsen zusammengeschlossenen Jugendverbände sagen „Nein!“ zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Aus diesem Grund lehnen wir, die Jugendverbände, rechtsextremes Gedankengut und rechtsextreme Parteien und Organisationen ab und setzen uns mit Bildungsangeboten aktiv für Mitbestimmung, politische Teilhabe und Demokratie ein.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ein klares Bekenntnis zur Demokratie abzugeben.

Gleichzeitig fordern wir von allen gesellschaftlichen Gruppierungen sowie politisch Engagierten und Verantwortlichen, in ihrem Handeln ebenfalls klare Zeichen gegen den Rechtsextremismus zu setzen:

- Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte dazu auf, sich immer wieder neu deutlich gegen alle Formen von Rechtsextremismus zu positionieren und sich lokal, regional und überregional für ein demokratisches Bewusstsein zu engagieren.
- Wir fordern eine intensive Aufklärung und kritische Auseinandersetzung von Jugendlichen über die Erscheinungsformen, Ideologien, Organisationsstrukturen und Strategien rechtsextremer Parteien und Organisationen sowie die Einübung von Selbstbehauptung und Zivilcourage gegen Rechts. Gefordert sind hier neben den Jugendverbänden, die sich dieser Selbstverpflichtung stellen, insbesondere Politik und Schule. Dazu bedarf es einer Berücksichtigung dieses Themas in der Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte in Jugendarbeit und Schule.
- Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte dazu auf, gemeinsam mit und für Jugendliche Lebensperspektiven zu entwickeln, um ihnen Alternativen zu den rechtsextremistischen Parteien aufzuzeigen. Dazu gehören zum Beispiel verstärkte Anstrengungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

- Wir fordern Politiker-innen dazu auf, stärker die Probleme und Anliegen von Jugendlichen in den Blick zu nehmen und Taten folgen zu lassen, damit die Bedürfnisse Jugendlicher ernst genommen werden und eine Chance auf Integration in die Gesellschaft erhalten.
- Wir fordern Politiker-innen dazu auf, sich die Gefährlichkeit rechtsextremen Gedankengutes und rechtsextremer Gesinnung für die Demokratie und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft bewusst zu machen, ernst zu nehmen und dagegen zu handeln. Dazu gehört eine aktive Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Parteien und Organisationen, deren Inhalten und deren Sympathisant-inn-en.

Im Ringen um das Demokratieverständnis in unserer Gesellschaft bedarf es gezielter langfristiger Förderprogramme sowie der verlässlichen Förderung der Regelaufgaben der Jugendarbeit in der Fläche, um die Jugendverbände in die Lage zu versetzen, präventiv zu wirken und ihren Bildungsauftrag gerade im Hinblick auf diese Thematik zu erfüllen.